

# **Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Landeshauptstadt Mainz**

## **Tätigkeitsbericht über die Jahre 2017 und 2018**

### **1. Gesprächsrunde zur Gleichstellung und Antidiskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten, Intersexuellen und queeren Menschen**

Am 2. Juni 2017 sowie am 25. Mai 2018 fanden im Rathaus die fünfte bzw. die sechste alljährliche Gesprächsrunde des Oberbürgermeisters mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem LSBTIQ-Bereich statt.

Themen in den beiden Jahren waren:

- Die Weiterführung der Akzeptanzkampagne
- die Vertiefung der Kooperation zur Aufklärung in Schulen und Jugendzentren
- die Unterstützung des Schulaufklärungsprojektes SchLAu
- die Vertiefung des Themas Leben im Alter für Menschen mit LSBTIQ-Hintergrund
- die historische Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des späteren Umgangs mit den Opfern in der Nachkriegszeit in Rheinland-Pfalz
- die Vorlage eines Schutzkonzeptes für Flüchtlinge aus dem LSBTIQ-Bereich
- die Eröffnung der Ausstellung „Verschweigen / Verurteilen“ im Mainzer Rathaus
- die Unterstützung der Ausstellung „we are part of culture“ des Projektes „100 % Mensch“ im Mainzer Hauptbahnhof sowie des dazugehörigen Begleitprogrammes
- die freihändige Vergabe von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der ehrenamtlich Tätigen in der Flüchtlingsarbeit

### **2. Internationaler Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie (IDAHOBIT) am 17. Mai**

Am 17. Mai 1990 beschloss die Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Homosexualität von der Liste psychischer Krankheiten zu streichen. Der 17. Mai wurde deshalb zum Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie ausgerufen.

In Mainz wurde der IDAHOBIT am 17. Mai 2017 und am 17. Mai 2018 jeweils mit einer zentralen Veranstaltung auf dem Höfchen begangen. Oberbürgermeister Michael Ebling richtete in 2018 ein Grußwort an die rund 300 Anwesenden.

### **3. Fortführung der Akzeptanzkampagne „Ich liebe wie ich lebe“ durch eine Regenbogenstraßenbahn**

Am 21. September 2017 wurde von Oberbürgermeister Ebling, Frau Kreienkamp, Geschäftsführerin der Mainzer Verkehrsgesellschaft sowie Vertreterinnen und Vertretern von QUEERBILDER die erste Mainzer Regenbogenbahn eingeweiht und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Regenbogenbahn ist eine Fortführung der in Mainz bereits bekannten und in den letzten Jahren erfolgreich durchgeführten Kampagne zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transidenten, Intersexuellen und Regenbogenfamilien.

Bei den Mainzer Bürgerinnen und Bürgern soll die Regenbogenbahn ein Bewusstsein dafür schaffen, dass geschlechtliche, sexuelle und familiäre Vielfalt ganz selbstverständlich in ihrem Umfeld existiert. Auf Grund des Erfolges der Kampagne wird die Regenbogenbahn auch im Jahr 2019 weiterhin durch Mainz fahren.

#### **4. Vorlage des Schutzkonzeptes für Flüchtlinge aus dem LSBTIQ-Bereich**

Der Stadtrat hat am 27. September 2017 einstimmig ein Schutzkonzept für Flüchtlinge mit LSBTIQ-Hintergrund beschlossen.

Flüchtlinge mit LSBTIQ-Hintergrund sind in Gemeinschaftsunterkünften als eine der besonders schutzbedürftigen Gruppen anzusehen.

Die besondere Schutzbedürftigkeit ergibt sich daraus, dass bei Bekanntwerden ihres LSBTIQ-Hintergrundes sich Flüchtlinge verbalen bis hin zu tätlichen Angriffen ausgesetzt sehen können.

Schwerpunkte des Konzeptes sind:

- eine Erklärung zur grundsätzlichen Schutzbedürftigkeit von Menschen mit LSBTIQ-Hintergrund
- die sichere Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und die Möglichkeit von Wohnprojekten
- Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für die Tätigen in der Flüchtlingsarbeit
- die Beratung von Flüchtlingen mit LSBTIQ-Hintergrund

#### **5. Veranstaltung „Versteckte Identität“ im Rahmen der Interkulturellen Woche**

Am 13. September 2017 fand die Veranstaltung „Versteckte Identitäten“ in der Bar jeder Sicht statt.

Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie es Geflüchteten ergeht, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität fliehen: was ist zu tun, wenn geflüchtete Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\* und Intersexuelle in Unterkünften verbalen oder physischen Attacken ausgesetzt sind? Inwieweit können sich Betroffene gegenüber Dolmetschern oder haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden vollständig outen?

Im Rahmen der Veranstaltung, die vom Integrationsbeauftragten der Stadt Mainz, Herrn Wittmer moderiert wurde, stellte Herr Bördner von der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen das Mainz Schutzkonzept für LSBTIQ-Flüchtlinge vor.

#### **6. Lesen unter dem Regenbogen 2017 und 2018**

Im Juli 2017 sowie im Juni/Juli 2018 hat die öffentliche Bücherei Anna Seghers anlässlich des CSD jeweils Queere Lebensweisen zu einem Thema des Monats gewählt.

Unter dem Titel „Lesen unter dem Regenbogen – Queere Lebensweisen“ war ein Büchertisch aufgestellt worden, auf dem verschiedene Medien zum Thema ausgestellt wurden. Eine entsprechende Liste mit einer Literatur- und Medienaufstellung liegt vor. Die Liste umfasst mittlerweile 165 Titel, u.a. mit Romanen, Jugendbüchern und Spielfilmen. Alle Titel können in der öffentlichen Bücherei ausgeliehen werden.

## **7. Eröffnung der Ausstellung „Verschweigen / Verurteilen“ im Rathaus**

vom 20. Februar 2018 bis 24. März 2018 wurde in der Rathausgalerie des Mainzer Rathauses in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland – Pfalz die Ausstellung „**Verschweigen/Verurteilen**“ ausgerichtet.

Der Landtag von Rheinland-Pfalz hatte im Dezember 2012 beschlossen, eine historische Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des späteren Umgangs mit den Opfern in Rheinland-Pfalz anhand vorhandener Quellen und Zeitzeugenberichte in Auftrag zu geben.

Die Landeshauptstadt Mainz hatte das vom Landtag angestoßene Forschungsvorhaben begrüßt und ihre Unterstützung insbesondere durch das Stadtarchiv und die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen angeboten. In der Stadtverwaltung lagen so gut wie keine archivierten Dokumente über den aufgehobenen § 175 StGB vor.

Umso eindrücklicher waren aus diesem Grund die Schilderungen von Einzelschicksalen bei der Ausstellungseröffnung. Die Einzelschicksale zeigen, welche gesellschaftliche Diskriminierung Homosexuelle bis vor wenigen Jahrzehnten erfahren haben. Neben dem Ehrverlust erlitten sie oft die Kündigung der eigenen Wohnung und/oder des Arbeitsplatzes in Folge einer Verurteilung auf Grund eines Verfahrens nach § 175 StGB.

Durch die Beschäftigung mit den Auswirkungen des § 175 StGB auf schwule Männer bis Anfang der 70er Jahre des vorherigen Jahrhunderts darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass Verfolgung, Ehrverlust und auch der Verlust des Sorgerechtes für die eigenen Kinder mögliche Folgen für lesbische Frauen in jenem diskriminierenden gesellschaftlichen Klima waren. Diesen Diskriminierungserfahrungen wird in einer gesonderten Untersuchung des Landes nachgegangen.

## **8. Unterstützung der Ausstellung „we are part of culture“**

Die Landeshauptstadt Mainz hat gemeinsam mit der Deutschen Bundesbahn die Ausstellung „we are part of culture“ des Projektes „100 % Mensch“ im Mainzer Hauptbahnhof sowie das dazugehörige Begleitprogramm unterstützt.

Als geeignete Örtlichkeit wurde die Eingangshalle des Mainzer Hauptbahnhofs ausgewählt, auch wegen der hohen Anzahl der dort verkehrenden Reisenden und Gäste.

Beim dem Projekt handelt es sich um eine Kunstaussstellung, die sich mit dem wichtigen Beitrag von Lesben, Schwulen, Transidenten, Intersexuellen und anderen sich als Queer bezeichnenden Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung Europas beschäftigt. Sie zeigt über 30 Persönlichkeiten, die gleichgeschlechtlich geliebt haben oder ihre geschlechtliche Identität als Thematik hatten, von der Antike bis heute. Dabei handelt es sich um Portraits von Persönlichkeiten wie

z.B. von Virginia Woolf, Alan Turing, Friedrich II. von Preußen, Christina von Schweden, Lili Elbe oder Selma Lagerlöf.

Akzeptanz, Respekt, Selbstbewusstsein und der Bruch mit der reduzierenden Opferrolle standen im Fokus der Ausstellung. Dies entspricht Leitgedanken, die von der Landeshauptstadt Mainz ebenfalls vertreten werden. Die Landeshauptstadt Mainz hat das Ausstellungsprojekt begleitet und logistisch unterstützt.

## **9. LSBTIQ - Webseite auf der Homepage der Stadt Mainz**

Unter der Rubrik „Leben und Arbeiten“ wird die Seite „Mainz für queere Lebensweisen“ auf der Homepage der Landeshauptstadt [www.mainz.de](http://www.mainz.de) immer wieder auf den aktuellsten Stand gebracht.

Neben den Plakaten der Akzeptanzkampagne sowie den Fotos der Regenbogenbahn stehen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Informationen zum LSBTIQ-Bereich in Mainz zur Verfügung.

## **10. Transidentität und Intersexualität**

Transidente und Intersexuelle erfahren nach wie vor gesellschaftliche Diskriminierungen, bis hin zu verbalen und tätlichen Angriffen. Die Diskussion um die Abschaffung bzw. inhaltliche Neuordnung des Transsexuellengesetzes (TSG) hat in den Jahren 2017 und 2018 weiterhin breiten Raum eingenommen und wird nach wie vor geführt.

Die Koordinierungsstelle hat den örtlichen Initiativen und Vereinen Unterstützung bei der Lösung von Problemen auf kommunaler Ebene zugesichert und angeregt, konkrete Fragestellungen im direkten Austausch zu klären.

## **11. Unterstützung von Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen aus dem LSBTIQ-Bereich**

Im Verlauf des Jahres 2017 hat die Koordinierungsstelle zu den unterschiedlichsten Themenbereichen Anliegen von Vereinen und Verbänden aus dem LSBTIQ-Bereich an die jeweilig zuständigen Stellen in der Stadtverwaltung weitervermittelt.

Es kamen auch Einzelpersonen mit individuellen Fragestellungen oder Problemen auf die Koordinierungsstelle zu. In diesen Fällen erfolgte, soweit möglich, eine Weiterverweisung an geeignete Dienste, Einrichtungen oder Beratungsstellen. In den Jahren 2017 und 2018 bestand der überwiegende Teil der unterstützten Einzelpersonen aus Flüchtlingen mit LSBTIQ-Hintergrund.

## **12. Bundesweites Vernetzungstreffen kommunaler LSBTIQ-Beauftragter**

Im April 2015 hat in München das erste bundesweite Vernetzungstreffen kommunaler LSBTIQ-Beauftragter stattgefunden.

Inhaltlich wurden vor allem die strategischen Möglichkeiten diskutiert, wie die Beauftragten sowohl innerhalb der kommunalen Verwaltungen für LSBTIQ-Angelegenheiten eintreten können

als auch, wie die jeweiligen LSBTIQ-Communités unterstützt und in der Stadtgesellschaft für mehr Akzeptanz gesorgt werden kann.

Folgende Städte bilden das Netzwerk: Berlin, Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Erlangen, Essen, Frankfurt am Main, Hannover, Hamburg, Heidelberg, Köln, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Stuttgart und Wiesbaden.

Das kommunale Netzwerk trifft sich jährlich. 2018 wurde das Treffen in Mainz ausgerichtet.

### **13. Veranstaltung „Wenn das Leben die Politik überholt – Zur diskriminierenden Praxis der Stiefkindadoption“**

Am 12. September 2018 fand die Veranstaltung „Wenn das Leben die Politik überholt – Zur diskriminierenden Praxis der Stiefkindadoption“ in der Bar jeder Sicht statt.

Hintergrund für die Durchführung der Veranstaltung war, dass das bestehende Regelungsgefüge des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht mehr ausreicht, um die heute gelebten Familienkonstellationen abzubilden. Das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20. Juli 2017 enthält keine abstammungsrechtlichen Regelungen. Somit bleibt die zweite Elternstelle neben der biologischen Mutter ausschließlich dem Ehemann der Mutter vorbehalten. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Frauenpaare mit Wunschkindern nach wie vor auf das Verfahren der Stiefkindadoption angewiesen sind. Während der Veranstaltung berichteten betroffene Frauenpaare, welchen Problemen sie dadurch ausgesetzt sind.

Die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen hat die kommunale Sicht dargestellt und angeboten, eine gemeinsame Fortbildung zwischen der Initiative lesbischer und schwuler Eltern mit dem Stadtjugendamt zum Thema zu organisieren. Aus kommunaler Sicht kann eine Klärung des Problems aber nur auf Bundesebene erfolgen.<sup>1)</sup>

Zwischenzeitlich hat das Amt für Jugend und Familie Mainz das Informationsblatt „Adoptionen nach gleichgeschlechtlichen Partnerschaften bzw. in der Ehe für Alle“ auf den aktuellen Stand gebracht und veröffentlicht. Es enthält auch Hinweise auf die soeben beschriebene Problematik.

### **14. Stele zum Gedenken an die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität und/oder sexuellen Orientierung in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit**

Auf Grund der durch die Justiz erfolgten Verurteilung der männlichen Opfer des § 175 StGB sowie der in einzelnen Fällen ebenfalls erfolgten Einweisung von lesbischen Frauen und transidenten Menschen in die Konzentrations- bzw. Vernichtungslager soll die Stele zum Gedenken an

---

<sup>1)</sup> Anmerkung: das Bundesjustizministerium legte im März 2019 einen Diskusstextentwurf zur Reform des Abstammungsrechts vor. Dieser kann auf der Homepage des Bundesjustizministeriums eingesehen werden:

[https://www.bmju.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Reform\\_Abstammungsrecht.html](https://www.bmju.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Reform_Abstammungsrecht.html)

alle genannten Opfergruppen einladen und einen Bezug zu der Beibehaltung des § 175 StGB in der Nachkriegszeit herstellen.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 13. Februar 2019 einstimmig beschlossen, den aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität und/oder sexuellen Orientierung in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit verfolgten Menschen einen Ort der Erinnerung in Mainz zu geben. Der Ort muss eine entsprechende Erinnerungskultur ermöglichen.

Wegen der Einbindung der Justiz über die Strafgerichtsbarkeit und die hierbei erfolgten Verurteilungen nach § 175 käme ein Ort vor den Gebäuden des Land- und Amtsgerichtes am Ernst-Ludwig-Platz in Frage.

Die Stadt Mainz ist auf das Land Rheinland-Pfalz zugegangen, um das weitere Vorgehen bei der Errichtung der Stele abzuklären. Dabei werden die Vereine und Initiativen aus dem LSBTIQ-Bereich in der Landeshauptstadt an der Findung einer geeigneten Inschrift beteiligt.

## **15. Ausblick auf 2019**

Viele der in 2017 und 2018 behandelten Themen werden auch weiterhin von der Koordinierungsstelle bearbeitet:

- die Vertiefung der Kooperation zur Aufklärung in Schulen und Jugendzentren
- die Vertiefung des Themas Leben im Alter
- Umsetzung des Stadtratsauftrages zur Errichtung einer Stele zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des § 175 StGB in der Nachkriegszeit mit LSBTIQ-Hintergrund
- Besuch der Pflegekonferenz aller ambulanten und stationären Anbieter im Bereich der Altenhilfe, um die Rahmenbedingungen einer Regenbogenpflege für Menschen mit LSBTIQ-Hintergrund abzuklären
- die Vorbereitung des „International Day Against Homophobia and Transphobia“ (IDAHOBIT) am 17.05.2019
- es stehen weitere Termine wie beispielsweise die Sommerschwüle oder der Welt-Aids-Tag 2019 an

Mainz, den 3. April 2019

i.A.

gez.

Oliver Bördner